

Der „Ostpolitiker“ Gerhard Schröder. Ein Vorläufer der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik?

Von Torsten Oppelland

Anders als der heutige Bundeskanzler, der sozialdemokratische Namensvetter Gerhard Schröders, der nicht alles anders, aber vieles besser als die Vorgängerregierung machen wollte, hat die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Willy Brandt sich stärker von der früheren Zeit distanziert. Brandt hat die erstmalige Ablösung der CDU/CSU aus der Regierungsführung mit erheblichem Pathos als einen demokratischen Neuanfang bezeichnet. Mit den berühmten Worten seiner Regierungserklärung, man wolle „mehr Demokratie wagen“, hat er diesen Anspruch pointiert zusammengefasst.¹ War dies mehr auf die Innenpolitik gemünzt, so stellte die „neue Ost- und Deutschlandpolitik“, die von der sozialliberalen Regierung tatsächlich sehr schnell und zielstrebig in die Tat umgesetzt wurde, das außenpolitische Pendant dieses Neuanfangs dar. Obwohl die außenpolitische Neuansätze der sozialliberalen Koalition anfangs sehr viel stärker in eine Rhetorik der Kontinuität gekleidet wurden,² so wuchs diesen in der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ostverträge eine für die Sozialdemokratie identitätsstiftende Kraft zu. Im Zeichen der Ostpolitik, für die Willy Brandt schon 1971 mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden war, wurde der Wahlkampf von 1972 geführt.³ Nicht zuletzt weil die SPD bei dieser Wahl erstmals in der bundesdeutschen Geschichte die CDU/CSU an Stimmen übertraf, wurde die Ostpolitik besonders in der Rückschau zum eigentlichen Erfolg und Erbe der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung seit 1930 stilisiert – ein Erbe, das für die SPD in der Opposition nach 1982 fast zu einer Belastung wurde.

Diese besondere Betonung des Neubeginns, der zugleich einen Bruch mit der vorherigen Politik darstellte, hat auch in der SPD-nahen Historiographie Spuren hinterlassen. Peter Bender etwa, der bereits in den sechziger Jahren einer der engagiertesten publizistischen Verfechter einer „neuen“ Ostpolitik im Sinne Brandts

¹ Vgl. Karl-Dietrich BRACHER/Wolfgang JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart–Mannheim 1986 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest u. Eberhard Jäckel, Bd. 5/I), S. 24 f.

² Vgl. ebd., S. 163 f.

³ Vgl. Albrecht MÜLLER (in Zusammenarbeit mit Hermann MÜLLER), *Willy wählen '72. Siege kann man machen*, Annweiler 1997.

und Bahrs war, und der stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Heinrich Potthoff, betonen in ihren Darstellungen zur Ost- und Deutschlandpolitik den Bruch und das Neue an der sozial-liberalen Politik.⁴ Dagegen setzen konservativere Historiker und Politikwissenschaftler deutlich andere Akzente. Den Ton gab bereits 1970 der der CDU nahestehende Konstanzer Politologe Waldemar Besson an. In seiner Untersuchung der bundesdeutschen Außenpolitik, die unter dem Eindruck der neuen sozialliberalen Ostpolitik entstanden ist, diese aber noch nicht mitbehandelt, beschreibt er Schröders Ostpolitik der frühen sechziger Jahre als „Mittelstück“, als eine Art „Brücke“ zwischen der Adenauer-Ära und der Großen Koalition, deren Ostpolitik er bereits als „neu“ bezeichnet.⁵ Diese sehr viel mehr Kontinuität als Bruch konstruierende Wertung Bessons ist auch von späteren Autoren, die die sozialliberale Ostpolitik sehr wohl mit im Blick hatten, aufgegriffen und zitiert worden.⁶ Eine solche Sicht entkleidet die sozial-liberale Außenpolitik der siebziger Jahre ein wenig des Besonderen und des Neuen.

Keht man die Kontinuitätsthese um, so heißt dies nichts anderes, als dass die Schrödersche „Politik der Bewegung“ ihrerseits eine Art Vorläufer der späteren Politik von Brandt, Bahr und Scheel gewesen ist. Indes gehörte Schröder 1972 in der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge zu den entschiedenen Neinsagern in der Unionsfraktion, die sich sowohl gegen die Zustimmung wie auch gegen den Kompromisskurs einer Stimmenthaltung aussprachen.⁷ Stim-

4 Vgl. Heinrich POTTHOFF, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 43–55 (zu Schröders Ostpolitik) und S. 57 ff. zu dem „entscheidenden Wandel“, zur „fundamentalen Wende“ in der Ost- und Deutschlandpolitik während der Großen Koalition, wobei Potthoff den Einfluss der SPD-Politiker Wehner, Brandt und Bahr für die neuen deutschlandpolitischen Ansätze der Großen Koalition hervorhebt; sowie Peter BENDER, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 2. Aufl. 1989, S. 102–115 (zu Schröder) und S. 135 ff. zur Großen Koalition, der Bender stärker noch als Potthoff vorwirft, dass sie zu einer wirklich „neuen“ Ostpolitik noch nicht fähig gewesen sei. Eine vergleichbar scharfe Kritik der Politik Schröders findet sich auch bei Wolfram HANRIEDER, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn u.a. 2. Aufl. 1995, S. 182–190. Ähnlich, wenn auch sehr knapp: Wilfried LOTH, *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 112, sowie, etwas breiter, Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 400.

5 Waldemar BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 330–341, Zitat S. 336. Die auf eine ähnliche Kontinuitätslinie zielende Brückenmetapher stammt von Andreas HILLGRUBER, *Deutsche Geschichte 1945–1982. Die ‚deutsche Frage‘ in der Weltpolitik*, Stuttgart u.a. 4. Aufl. 1983, S. 89.

6 Christian HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. Berlin 1993 (tb-Ausgabe), S. 129, und Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München 1999, S. 64.

7 Vgl. zu den verschiedenen Positionen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion Christian HACKE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969*, Köln 1975, sowie Anselm TIGGEMANN, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972. Zur ‚Innenpolitik der Außenpolitik‘ der ersten Regierung Brandt*, Frankfurt/M. 1998.

te man der Kontinuitätsthese zu, würde dieses Verhalten Schröders fast einer Selbstverleugnung gleichkommen und wäre mehr als erklärungsbedürftig.

Aus heutiger Sicht lohnt es in doppelter Hinsicht, diese Frage von Kontinuität oder Bruch durch einen neuen Blick auf die Ostpolitik des Außenministers Gerhard Schröder aufzugreifen. Denn zum einen übersehen wir heute die Periode der deutschen Teilung, die mit dem Ost-West-Konflikt einherging, in ihrer Gesamtheit, und zum anderen sind mittlerweile nicht nur die offiziellen Akten der bundesdeutschen Außenpolitik für die sechziger Jahre ediert,⁸ sondern auch der Nachlass von Gerhard Schröder ist der Forschung freigegeben,⁹ so dass in weitaus stärkerem Maße quellengestützte Aussagen über Motive und Ziele, aber auch die Schwächen der Ost- und Deutschlandpolitik in der ersten Hälfte der sechziger Jahre möglich sind. Im folgenden soll deshalb zuerst ein neuer Blick auf Schröders Außenpolitik geworfen werden, um dann in einem zweiten Schritt seine Haltung zur sozialliberalen Ostpolitik zu untersuchen.

I. Gerhard Schröders Ost- und Deutschlandpolitik

Die Ostpolitik des Außenministers Gerhard Schröder, die unter der Bezeichnung „Politik der Bewegung“ bekannt wurde,¹⁰ bestand im wesentlichen darin, unter Ausnutzung des gewachsenen wirtschaftlichen Gewichts der Bundesrepublik Deutschland die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern, ohne das grundlegende Axiom der bundesdeutschen Außenpolitik, den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland, aufzugeben. Der Weg dazu war in erster Linie der Abschluss von Handelsverträgen mit den osteuropäischen Staaten, an die sich gewisse Hoffnungen knüpften, auch die politischen Beziehungen zu verbessern.¹¹ Da der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch jedoch weder für die DDR noch für deren Schutzmacht, die Sowjetunion, akzeptabel war,

⁸ *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland* [AAPD], hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber: Hans-Peter SCHWARZ, Mitherausgeber: Helga HAFTENDORN, Klaus HILDEBRAND, Horst MÖLLER (ab Bd. 1964), Werner LINK u. Rudolf MORSEY. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius: 1963, 3 Tbde., bearb. v. Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1994; 1964, 2 Tbde., bearb. v. Wolfgang Hölscher u. Daniel Kosthorst, München 1995; 1965, 3 Tbde., bearb. v. Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1996; 1966, 2 Tbde., bearb. von Matthias Peter u. Harald Rosenbach, München 1997.

⁹ Nachlass Schröder: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (ACDP), I-483.

¹⁰ So auch der Titel der jüngsten Studie zu Schröders Außenpolitik: Franz EIBL, *Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 60), München 2001.

¹¹ Schon 1963 wurden Handelsverträge mit Polen (7. März), Rumänien (17. Oktober u. 24. Dezember) und Ungarn (10. November) unterzeichnet, ein Vertrag mit Bulgarien folgte am 6. März 1964, vgl. ebd., S. 264 ff.

blieb diese Politik in ihrer Reichweite von vornherein auf die ost- und ostmitteleuropäischen „Satelliten“ der Sowjetunion begrenzt. Diese waren ihrerseits, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, seit Chruschtschow in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit dem Stalinismus gebrochen hatte, bestrebt, ihren Spielraum der Hegemonialmacht gegenüber auszuweiten. Spätestens 1967, als es Walter Ulbricht gelang, die Staaten des Warschauer Paktes im Rahmen der nach ihm benannten Doktrin darauf festzulegen, weitere Fortschritte in den Beziehungen zur Bundesrepublik von deren Anerkennung der DDR abhängig zu machen, allerspätestens jedoch 1968, als die SU in Prag bewies, dass sie bereit war, notfalls mit brutaler Gewalt die Erosion ihres Machtbereichs zu verhindern, galt eine Ostpolitik an der DDR und der Sowjetunion vorbei als gescheitert.¹²

Weder die zeitgenössische noch die *ex post* vorgenommene Kritik daran, dass Schröder seine Ostpolitik unter Umgehung der Sowjetunion ins Werk setzte, berücksichtigt jedoch in hinreichendem Maße, dass dies keineswegs die freie, strategische Entscheidung des Außenministers war.

Schon ganz am Anfang seiner Amtszeit als Außenminister musste Schröder erkennen, dass die Sowjetunion die Anerkennung der sogenannten Nachkriegsrealitäten, d.h. in erster Linie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der polnischen Westgrenze, zur Voraussetzung von bilateralen Verhandlungen machte. Spätestens nach einem „Höflichkeitsbesuch“ bei seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am Rande der Genfer Abrüstungskonferenz¹³ sah Schröder ein, dass es nicht möglich sein würde, ohne Vorbedingungen mit Moskau ins Gespräch zu kommen.¹⁴ Die sowjetischen Bedingungen zu akzeptieren, wäre jedoch zu Beginn der sechziger Jahre, selbst wenn Schröder dies gewollt hätte – was nicht der Fall war – innenpolitisch völlig ausgeschlossen gewesen.

Angesichts dieser kompromisslosen Haltung Moskaus wurden die osteuropäischen Staaten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Adressaten seiner „Politik der Bewegung“; dennoch war Schröder keineswegs daran interessiert, den Gesprächsfaden nach Moskau ganz abreißen zu lassen. Dies wurde ganz deutlich, als sich im Sommer 1964 während des Besuchs des Chruschtschow-Schwiegersohns Adschubej in der Bundesrepublik gewisse Möglichkeiten zu eröffnen schienen.¹⁵

12 So beispielhaft: P. BENDER (wie Anm. 4), S. 106 f. u. 114 f.

13 Dolmetscheraufzeichnung, 12. März 1962, ACDP, I-483, 281/1.

14 Vgl. zu den Einzelheiten des deutsch-sowjetischen Notenwechsels von der Jahreswende 1961/62 meine demnächst als Buch erscheinende Habilitationsschrift: *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Eine politische Biographie Gerhard Schröders (1910–1989)*, Jena 2000, Kap. 7.3.c.

15 Vgl. Daniel KOSTHORST, *Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964*, in: VfZ 44 (1996), S. 257–293, sowie T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 8.2.b.

Mochte Willy Brandt den Kurs des Außenministers schon in seiner Tutzing-Rede vom Juli 1963 mit den Worten: „Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie“¹⁶ auch implizit kritisieren, so kann doch kein Zweifel bestehen, dass ein entscheidender Unterschied zwischen der Situation 1962 und der von 1969 bestand, als die sozialliberale Koalition ihre ostpolitischen Ideen umzusetzen begann. Denn seit der Budapester Erklärung vom März 1969 sandte Moskau auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen Signale der Verhandlungsbereitschaft, ohne dass die Anerkennung des Nachkriegs-Status quo, d.h. die volle Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze „Vorbedingungen für Verhandlungen“ waren.¹⁷

Die beiden genannten sowjetischen Vorbedingungen hatten im übrigen für Gerhard Schröder eine sehr unterschiedliche Qualität. Ende 1955 hatte er als neuer Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in dessen Organ, der „Evangelischen Verantwortung“, in einem Ausblick auf das kommende Jahr Breslau und Gleiwitz mit Blick auf das ganze Deutschland noch ohne zu zögern miteinbezogen.¹⁸ Doch schon gut zwei Jahre später klang das bei ihm ganz anders; auf der Jahrestagung des EAK von 1958, die unter dem Motto „Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa“ stand, sprach er davon, dass „das Deutschland jenseits von Oder und Neiße durch eine fast restlose Vertreibung der Deutschen eine nationalpolitisch tote Zone geworden“ sei, und setzte noch hinzu, dass zwischen „dieser toten Zone und der Bundesrepublik ... jene 17 Millionen Deutsche [lebten], an die wir in erster Linie denken, wenn wir von Wiedervereinigung sprechen“¹⁹. De facto hatte Schröder hier ganz offen ausgesprochen, dass die Wiedervereinigung nur die Bundesrepublik und die DDR betreffe.²⁰ Diese Einsicht hinderte ihn jedoch nicht daran, eine Anerkennung der

16 Zit. nach Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München–Wien 1993, S. 101.

17 Ebd., S. 90 (Hervorhebung von Garton Ash, der die Änderung der sowjetischen Haltung auf den „Erfolg“ bei der Niederschlagung des Prager Frühlings zurückführt, aber auch auf das Interesse an stärkeren wirtschaftlichen Kontakten zur Bundesrepublik; insofern ist bezeichnend, dass die Signale bereits vor dem Wahlsieg der entspannungsbereiteren Kräfte in der Bundesrepublik erfolgte; Garton Ash spricht auch davon, dass sich Adenauers – und hier kann man Schröder, der sich in ostpolitischen Fragen kaum von Adenauer unterschied und seine „Politik der Bewegung“ unter dem alten Kanzler ins Werk setzte, getrost hinzufügen – Hoffnungen tatsächlich teilweise erfüllt hätten). In diesem Zusammenhang darf auch nicht übersehen werden, dass die SPD mit ihren Versuchen, direkte Verhandlungen mit Moskau zu initiieren, Ende der fünfziger Jahre gescheitert ist, vgl. Petra WEBER, *Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie*, München 1996, S. 619 ff.

18 Gerhard SCHRÖDER, *Unsere Aufgabe*, in: *Evangelische Verantwortung* 1/56, S. 2 f.

19 „Die innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung“, Manuskript der Rede v. 6. Juni 1958, ACDP, I-483, 054/2.

20 Aufgrund derartiger Äußerungen, die besonders im evangelischen Raum große Beachtung fanden, richteten sich bei gerade Polen gegenüber entspannungsbereiten Protestanten wie

Oder-Neiße-Grenze als Voraussetzung von Verhandlungen strikt abzulehnen. Vielmehr sah Schröder in dem aus machtpolitischen Gründen nicht durchsetzbaren deutschen Rechtsanspruch ein Unterpfand für die Verhandlungen über einen möglichen Friedensvertrag. In einem Interview mit der Bonner Rundschau nannte er fast analog zu Kennedys berühmter „four essentials“-Rede als einen seiner vier Grundsätze für eine interessengeleitete, konsequente deutsche Außenpolitik, „dass die Festlegung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten bleibt“²¹. Mit anderen Worten, Polen sollte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nur im Gegenzug für die Wiedervereinigung konzidiert werden.

Was die Anerkennung der DDR, also den zweiten Aspekt der Anerkennung der „Nachkriegsrealitäten“, betraf, so war Schröders Position noch wesentlicher weniger konziliant. Eindeutig erklärte er im April 1964 in einer Rede auf der Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes der Eisen, Blech und Metall verarbeitenden Industrie, der er sich aufgrund seiner eigenen früheren Tätigkeit verbunden fühlte,²² was Ost- und Entspannungspolitik nicht beinhalten dürfe: direkte Verhandlungen mit „Pankow“, denn dort gebe es eine Führungsschicht, „die sich nicht in dem Sinn als deutsch betrachtet, in dem wir uns als freie Deutsche empfinden, die ... eine Vollstreckungsschicht ist, nämlich zur Vollstreckung eines kommunistischen Auftrags“. Im totalitären Staat – sie alle hätten das in der Zeit des Nationalsozialismus selbst erlebt – genüge eine schmale Führungsschicht zur Ausübung der Herrschaft. Deshalb sei es „ein falscher und im Grunde undurchführbarer Weg“, sich dem Ziel der Wiedervereinigung durch „mehr und mehr Kontakte mit der kommunistischen Führungsschicht in der sowjetischen Besatzungszone“ annähern zu wollen.²³ Die Anspielung auf Egon Bahrs Tutzingener Rede, die Formel „Wandel durch Annäherung“, ist offensichtlich. Die von Berlin aus, von Brandt und Bahr begonnene Politik der Verhandlungen mit der DDR, die zu den Berliner Passierscheinabkommen führten, sah Schröder außerordentlich ambivalent. Einerseits war er sich der Gefahr der deutschlandpolitischen Stagnation durchaus bewusst, insbesondere der Gefahr der schleichenden Entfremdung zwischen den Deutschen dies- und jenseits der Demarkationslinie, der das Passierscheinabkommen in engen Grenzen entgegen-

den Verfassern des Tübinger Memorandums von 1961 große Erwartungen an den neuen Außenminister, vgl. Martin GRESCHAT, „*Mehr Wahrheit in der Politik!*“ *Das Tübinger Memorandum von 1961*, in: VfZ 48 (2000), S. 491–513, hier bes. S. 509. – Derartige Äußerungen blieben natürlich den Vertriebenen in der Union nicht verborgen und erklären das Misstrauen und die späteren, zum Teil äußerst heftigen Angriffe auf den Außenminister aus diesem Spektrum der Unionsparteien, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), S. 580 f.

21 Interview mit der *Bonner Rundschau* v. 30. April 1962.

22 Zu Schröders Tätigkeit in der Stahlindustrie vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 4.

23 Redemanuskript v. 10. April 1964, ACDP, I-483, 141/1.

wirken konnte.²⁴ Ein Rezept gegen solche Entfremdung besaß Schröder zwar auch nicht, aber er hoffte, dass man sich an die Deutschland zerschneidende Grenze nicht würde gewöhnen können und dass sich die Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die Bevölkerung der „Zone“ nicht erschöpfen würde. Andererseits sah er die eigentliche Gefahr des Passierscheinabkommens darin, dass die andere Seite die Situation ausnutzen werde, um schrittweise zu einer Anerkennung der östlichen Drei-Staaten-Theorie zu gelangen. Ohne dass sich institutionell etwas ändere, werde der Osten den Anschein erwecken, „menschlicher zu sein als allgemein angenommen werde, und die Öffentlichkeit werde sagen, man könne mit jenen Leuten verhandeln, und das Ergebnis sei auch ganz erfreulich“. Das würde letztlich zu einer Festigung des Status quo führen.²⁵

Schaut man auf die Prämissen der Schröderschen Ostpolitik – Nichtanerkennung der DDR, Konzessionen in der Grenzfrage erst vom wiedervereinigten Deutschland – so kann man mit Recht fragen, worin sich diese überhaupt von der bis dahin gültigen Politik der Hallstein-Doktrin unterschied.²⁶ Dennoch war es Schröders erklärtes Ziel, gerade in die östliche Richtung neue Wege auszuprobieren.

Um dabei Fortschritte zu machen, versammelte Schröder Ende Mai 1962 einen sehr kleinen Kreis von Mitarbeitern aus dem Auswärtigen Amt zu einem Brainstorming im Kloster Maria Laach. Leider sind davon nur sehr knappe Aufzeichnungen erhalten, die andeuten, dass es um die Frage ging, wie weiter vorzugehen sei: „neue Memoranden?, diplom[atische] Erklärungen, Handelsinitiativen?, kulturelle Betätigung?, Prognosen“.²⁷ Eine besondere Rolle hat dabei offenbar der Leiter des Referats „Sowjetunion“, Hans-Albert Reinkemeyer, gespielt, der damals nicht nur als einer der brilliantesten jüngeren Diplomaten galt, sondern auch mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski persönlich befreundet war.²⁸ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Reinkemeyer Schröder bei dieser oder einer anderen Gelegenheit auf einen von Brzezinski mitverfassten Aufsatz von 1961 in der wohl wichtigsten amerikanischen

24 So z.B. in der Fernsehsendung „Bürger fragen – Politiker antworten“ v. 9. Sept. 1963, vgl. die Mitschrift in ACDP, I-483, 141/2.

25 So am 28. Dez. 1963 im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk, der sich sehr befürwortend zum Passierscheinabkommen geäußert hatte, AAPD 1963, Dok. 487, S. 1683.

26 Vgl. zur Hallstein-Doktrin Rüdiger Marco BOOZ, „Hallsteinzeit“. *Deutsche Außenpolitik 1955–1972*, Bonn 1995.

27 Aufzeichnung Schröders v. 23. Mai 1962, ACDP, I-483, 272/2.

28 Interview mit Schröders Persönlichem Referenten, Dr. Klaus Simon, v. 19. Sept. 1995. Schröder hat Reinkemeyer auch persönlich so sehr geschätzt, dass er bei dessen Beerdigung – Reinkemeyer verstarb schon 1964 an Krebs – die Trauerrede hielt, was er sonst bei keinem anderen Beamten getan hat; die Witwe des Diplomaten dankte Schröder am 19. April 1964 dafür, dass er „während der Beisetzungsfeierlichkeiten vor der Öffentlichkeit einen so persönlichen Schmerz über den Verlust Ausdruck verliehen“ habe (ACDP, I-483, 099/2).

Zeitschrift zur Außenpolitik, den Foreign Affairs, aufmerksam machte. Auf jeden Fall ist eine gewisse Übereinstimmung zwischen Schröders Politik und dem Denken des aus Polen stammenden Amerikaners auffällig.²⁹ Brzezinski, der der Kennedy-Administration nahe stand, ging es um eine realistische und konstruktive Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Osteuropa, das seit 1956 nicht mehr der monolithische Block war, als der es früher vom Westen aus wahrgenommen wurde. Als Ziele einer solchen Osteuropapolitik nannte Brzezinski drei Punkte, erstens die weitere Diversifizierung innerhalb des Ostblocks zu stimulieren, zweitens dadurch die Möglichkeit der osteuropäischen Länder zu erhöhen, größere Unabhängigkeit von Moskau zu erlangen, und drittens – gewissermaßen als langfristiges Endziel – einen Gürtel von neutralen Staaten zu schaffen, die ähnlich Finnland über innenpolitischen Freiraum verfügen sollten, ohne sich dabei einem Bündnis gegen die Sowjetunion anschließen zu dürfen. Bei einer solchen Politik sollten auch die Alliierten der USA beteiligt werden, wobei Brzezinski eher skeptisch hinsichtlich der Möglichkeiten der Bundesrepublik war. Von deutscher Seite sei wenig mehr möglich, als die Feindschaft, die vor allem in Polen und der Tschechoslowakei angesichts des politischen Erbes des Krieges noch immer herrsche, allmählich abzubauen – z.B. durch Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nationalsozialismus ähnlich wie im Falle Israels. Die Hallstein-Doktrin, so Brzezinski, müsse allerdings überprüft werden; dazu schlug er keine „Geburtsfehler-Theorie“³⁰, sondern eine Unterscheidung zwischen freien und „captive nations“ vor. Zusätzlich müssten die USA der Bundesrepublik klar machen, dass eine Wiedervereinigung ohne eine vorherige Änderung des polnisch-sowjetischen Verhältnisses nicht möglich sei; für eine solche Änderung wiederum sei eine klare Stellungnahme der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Bestandes der Oder-Neiße-Grenze für den Fall der deutschen Wiedervereinigung unabdingbar. Diese sei insofern im langfristigen deutschen Interesse. An der Nichtanerkennung der DDR allerdings sollten die USA festhalten, ein „peaceful engagement“ sollte für sie nicht gelten. Dies, zusammen genommen mit dem langfristigen Endziel, einen Gürtel neutraler Staaten in Osteuropa zu schaffen, kann man tatsächlich als eine Strategie interpretieren, die DDR innerhalb des

29 Zbigniew BRZEZINSKI/ William E. GRIFFITH, *Peaceful Engagement in Eastern Europe*, in: *Foreign Affairs* 39 (1960/61), S. 642–654. Vgl. W. BESSON (wie Anm. 5), S. 335, dem bereits aufgefallen war, dass „Schröders Pläne von Anfang an stark unter dem Einfluss“ Brzezinskis entstanden; F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 261 FN 31) weist die Darstellung von Besson zu Unrecht zurück, da er diesen Aufsatz nicht berücksichtigt, sondern sich lediglich auf eine Buchveröffentlichung Brzezinskis aus dem Jahr 1965 bezieht.

30 Zur früheren Überlegungen im Auswärtigen Amt, die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zur DDR als eine Art „Geburtsfehler“ zu betrachten und insofern aus dem Geltungsbereich der Hallstein-Doktrin auszuschließen, vgl. Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), Düsseldorf 1993, S. 177–191, bes. 184 f.

Ostens zu isolieren. Brzezinski ging es in erster Linie um Polen und die anderen osteuropäischen Staaten, aber sein Denken war auch für eine deutsche Politik interessant, die nach neuen Wegen für die Wiedervereinigung suchte, wenn auch ein der CDU angehörender Außenminister nicht so weit wie der amerikanische Politikwissenschaftler gehen konnte.³¹

Keine zwei Wochen nach den Beratungen von Maria Laach begann in Dortmund der 11. Bundesparteitag der CDU (1962), auf dem Schröder seine erste programmatische Rede zur Außenpolitik halten sollte – ein Zusammenhang zwischen beidem ist also durchaus zu vermuten. Es gab auf diesem „Parteitag der Diskussion“ vier Arbeitskreise, einen davon zur Außenpolitik, bei dem Schröder das Hauptreferat hielt.³²

Schröders Rede begann mit einem weiten Überblick über die Erfolge in der Entwicklung der Bundesrepublik, die sich aus kleinsten Anfängen zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht entwickelt habe, was er nicht zuletzt auf die Politik der wirtschaftlichen Integration in Europa zurückführte. Das eigentlich neue Element, das er durchaus in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler in die bundesdeutsche Außenpolitik einführen wollte, nannte er erst ganz am Ende seiner Rede. Hier gab es wirklich – zumal für einen CDU-Parteitag – neue Töne:

„Auch die Völker des Warschauer Pakts gehören zu Europa. Ich meine es wäre gut, wenn die kommunistische Hasspropaganda und wenn die Ressentiments abgebaut würden, die das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Völkern und dem deutschen Volk stören. Das ist durchaus möglich, wenn die Regierungen des Ostblocks sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ein Anfang könnte z.B. damit gemacht werden, bessere kulturelle und menschliche Kontakte zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den osteuropäischen Völkern herzustellen... Wir sind an der geistigen Auseinandersetzung, die zur Zeit im Ostblock stattfindet, ernsthaft interessiert und sind überzeugt, dass die kulturelle und politische Entwicklung des freien Europas kennen zu lernen, für alle aufgeschlossenen, undogmatisch denkenden Menschen Osteuropas ebenfalls von Wert ist“ (S. 15).

31 Vgl. auch William E. GRIFFITH, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1981, S. 347, Anm. 23; der Mitverfasser des damaligen Aufsatzes in den *Foreign Affairs* behauptet, man habe damals für eine Isolierung der DDR plädiert, weil dies der offizielle Kurs der Bundesrepublik gewesen sei, den man unterstützen wollte. Dies kann aber kaum überzeugen, denn die vorgeschlagene Politik der Öffnung nach Osteuropa und gar noch Wiedergutmachungszahlungen an den kommunistischen Machtbereich standen in krassem Widerspruch zur offiziellen westdeutschen Außenpolitik. Tatsächlich hatte die DDR in einer „Finlandisierungsstrategie“ für Osteuropa, wie sie in diesem Artikel konzipiert wurde, keinen Platz, da die DDR nie ein wirklicher Nationalstaat war, der ohne das Korsett der Blockzugehörigkeit hätte überleben können.

32 CDU DEUTSCHLANDS (Hrsg.), *11. Bundesparteitag, Dortmund, 2.–5. Juni 1962*, Hamburg 1962, S. 70–82; im folgenden wird nach dem Sonderdruck des BULLETIN (Nr. 104/1962) zitiert: Gerhard SCHRÖDER, *Deutschland, Europa und die freie Welt*.

Die Nähe dieser Gedanken, die Schröder hier in aller Vorsicht, vor allzu hohen Erwartungen warnend und Geduld anmahnd, entwickelte, zu Brzezinskis „peaceful engagement“ ist offenkundig, wenn auch Schröder weder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch etwa Wiedergutmachungszahlungen vorschlug. Eindeutig klar ist auch die hinter dieser Politik der Annäherung stehende Zielsetzung: „Wir Deutschen leben nun einmal in der Mitte Europas, und unser geteiltes Volk leidet unter der Ost-West-Spaltung mehr als alle anderen europäischen Völker. Es ist daher unsere Aufgabe, trotz aller Widerstände der anderen Seite, Brücken zu schlagen und die Spaltung Europas, soweit uns dies möglich ist, zu überwinden“ (S. 15).

Dass das unausgesprochene Ziel dieses Brückenschlages die Wiedervereinigung war, die notwendig aus der Überwindung der Spaltung Europas resultieren musste, ist ebenso offenkundig.

Diese Genese von Schröders ostpolitischer Akzentsetzung ist deshalb so wichtig, weil sie auf den doppelten Kontext hinführt, in dem Schröders „Politik der Bewegung“ stand. Der eine Kontext, der hier klar zutage liegt, ist die direkte Wiedervereinigungsperspektive. Schröder hat dies später weiter elaboriert, indem er ausführte, dass nur ein Weg bliebe, wenn direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR nicht möglich bzw. nicht akzeptabel seien, nämlich ein indirekter Weg: „Zu diesen indirekten Mitteln gehört natürlich, dass wir jede Verfestigung in dem kommunistischen Block zu verhindern suchen und uns im Gegenteil bemühen, eher die *natürlichen*, zum Teil *aus dem Nationalen* gespeisten Auflösungskräfte in geeigneter Weise zu unterstützen.“³³ Die Erosion der sowjetischen Herrschaft und eine gewisse Isolierung der DDR im sozialistischen Lager sollten das Ziel der Wiedervereinigung der Verwirklichung näher bringen.

War also Schröder ein Anhänger einer der vielen kursierenden „Halb-Utopien“ im Blick auf die Lösung der deutschen Frage?³⁴ Diese Frage zu bejahen, hieße den zweiten, den amerikanischen Kontext, der sowohl für die Entstehung als auch die Zielsetzung von Schröders Ostpolitik von überragender Bedeutung war und der bereits in der Entstehungsgeschichte von Schröders Ostpolitik erkennbar gewesen war, zu ignorieren. Schröder hatte den Wandel der amerikanischen Außenpolitik seit den späten fünfziger Jahren sehr bewusst wahrgenommen. Er zog daraus jedoch ganz andere Schlüsse als etwa Konrad Adenauer. Der Kanzler zeigte sich zusehends verbittert über die schleichende Abkehr der Amerikaner von der Politik des im Deutschland-Vertrag niedergelegten Junktims zwischen

33 Redemanuskript (wie Anm. 23, Hervorhebung von mir, T.O.). Auch im Zusammenhang mit der Sowjetunion sprach Schröder davon, dass diese unter bestimmten Umständen, etwa aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen des Konfliktes mit China, „ihren eigenen unmittelbaren *nationalen* Interessen unter Umständen einen Vorrang vor den mehr *ideologischen* Interessen geben werde“ (ebd.).

34 So F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 264 FN 42), ein Zeitzeugeninterview mit Horst Osterheld, dem damaligen außenpolitischen Referenten im Kanzleramt, zitierend.

Entspannungs- und Deutschlandpolitik, die er als den zentralen Inhalt des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ansah. Um so mehr war er von der kompromisslos harten Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Berlin-Krise beeindruckt. Im Frühjahr 1962, als es zu neuen Konflikten mit den Vereinigten Staaten gekommen war, versuchte er seinem Außenminister klarzumachen, dass es nicht reiche, nur auf das Vertrauen der Amerikaner zu setzen; man müsse deutscherseits vielmehr bereit sein, „mit den Amerikanern einige Jahre in Spannung zu leben“ und verstärkt „auf das deutsch-französische und das europäische Pferd setzen“³⁵. Dies ging Schröder jedoch viel zu weit; er interpretierte das Bündnis mit der amerikanischen Weltmacht als den eigentlichen Kern von Adenauers „Politik der Stärke“ – nicht völlig, aber doch größtenteils unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung der amerikanischen Politik. Deshalb ging er bereitwilliger auf die amerikanische Entspannungspolitik ein und versuchte diese gewissermaßen von innen her zu beeinflussen. Die von Brzezinski entworfene Ostpolitik war aus seiner Perspektive eine ideale Strategie, um sich gleichzeitig der neuen amerikanischen Politik anzupassen und diese für die deutschen (Wiedervereinigungs-) Interessen nutzbar zu machen.

Gerhard Schröder verfügte über einen klaren Machtrealismus, der ihn niemals glauben ließ, allein die Positionsgewinne der Bundesrepublik in Osteuropa oder eine gewisse Isolierung der DDR könne die Wiedervereinigung herbeiführen. In einem Hintergrundgespräch mit einigen Journalisten erlaubte sich Schröder einmal, sehr viel offener über seine Motive und Ziele zu reden, als er das sonst in der Öffentlichkeit zu tun pflegte.³⁶ Der Ausgangspunkt dabei war die Frage eines der beteiligten Journalisten nach dem Stichwort von der „Europäisierung der deutschen Frage“, die damals unter dem Eindruck der Politik de Gaulles beispielsweise von Franz Josef Strauß häufig gebraucht wurde: „Ich glaube auch

35 Horst OSTERHELD, *„Ich gehe nicht leichten Herzens.“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz 1986, S. 111. In Schröders Erinnerung war diese Absichtserklärung Adenauers der Punkt, an dem es im Gespräch zu Auseinandersetzungen gekommen war, denn er, Schröder, habe „kräftig“ opponiert und die französische Karte „als ein Kärtchen“ bezeichnet, autobiographisches Interview v. 11. Januar 1972, ACDP, I-483, 262/3 (Manuskript, S. 18). Dies war zugleich der eigentliche Kern im unionsinternen Konflikt zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“; F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 120 f.) sieht das im Prinzip völlig richtig, bezieht es aber nicht auf die Schrödersche Ostpolitik.

36 Wie es Schröder zuweilen im Gespräch mit Journalisten passierte (einige unbedacht offene Äußerungen in der Zeit des Mauerbaus 1961 hätten beinahe seine Berufung zum Außenminister verhindert, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* [wie Anm. 14, hier S. 429 f.]), ließ er auch hier seinen Gedanken so freien Lauf, dass ihm noch während des Gesprächs klar wurde, er habe vielleicht zu offen oder zu viel geredet, denn er insistierte mehrfach und nachdrücklich darauf, dass seine Bemerkungen vertraulich seien; später ließ er durch den Pressereferenten sicherstellen, dass keines der Exemplare des steno-graphischen Protokolls dieses Gesprächs in falsche Hände geriet, vgl. den Vermerk des Pressereferenten Jörg Kastl v. 24. Mai 1965, das Hintergrundgespräch selbst fand am 20. Mai 1965 im Auswärtigen Amt statt, vgl. beides in: ACDP, I-483, 107/1.

gar nicht, dass es eines Tages ein Kartell der ‚Kleinen‘ geben könnte, das zusammenkommt und sagt: Wir müssen endlich hier einen Größeren auf die Beine bringen, der größer ist als wir und eine klar herausragende Rolle hat. Die 58 Millionen des deutschen Volkes müssen um die 17 ergänzt werden und diese Sache schaffen wir Kleinen jetzt. Das haben Sie nirgendwo in der Welt erlebt. Das sind Vorstellungen, die gänzlich gegen jede geschichtliche Erfahrung gehen. Und deswegen soll man sie sich auch nicht einreden lassen“ (S. 27).

Diese sehr offenerzige Äußerung wirft ein bezeichnendes Licht auf die „Politik der Bewegung“ Osteuropa gegenüber. Diese sollte gewiss der allmählichen Überwindung des Status quo dienen und den osteuropäischen Staaten die Besorgnisse hinsichtlich des angeblichen deutschen Revanchismus nehmen. Aber hier zeigt sich, dass Schröder die Reichweite dieser Politik keinesfalls überschätzte. Den berühmten „Schlüssel zur Wiedervereinigung“ wählte er jedenfalls nicht in Warschau oder Prag.

Im folgenden führte Schröder aus, was er für die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung hielt: „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich ist, ohne dass ein Machtelement seine Berücksichtigung findet, und zwar in doppelter Weise ... Nach meiner Überzeugung kann es nur dadurch zustande kommen, dass wir in eine Situation kommen, in der die Hauptbeteiligten – und das sind auf der einen Seite die Sowjetunion und auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten, plus der anderen Beteiligten – vor einer Art von Kräfteveränderung der weltpolitischen Szenerie stehen, die es auch den Sowjetrussen – was wir ihnen oft genug gesagt haben – interessant erscheinen lässt, diesen Vorgang [der Wiedervereinigung, T.O.] auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts geschehen zu lassen ... Also ich meine ein Machtelement nicht im Sinne kriegerischer Auseinandersetzung, sondern wirklich einer Veränderung der Machtverhältnisse.

Deswegen ist für mich jedenfalls das A und O, dass zu allem guten Willen und dem besten Willen und dem best geförderten Willen unserer Nachbarn und Freunde das Gewicht der Amerikaner in dieser Waagschale bleiben muss. Wenn das Gewicht der Amerikaner aus dieser europäischen Waagschale herausgenommen wird, dann ist diese Machtveränderung eben nicht herbeizuführen“ (S. 28).

Diese ins Unreine gesprochenen, nicht vorher hin- und hergewendeten Formulierungen geben ganz unmittelbar Aufschluss über Schröders Denken und seine außenpolitischen Überzeugungen. Sie zeigen auch, warum er zuweilen von den Amerikanern gewisse Zumutungen hinnahm. Das machtpolitische Gewicht der USA war in seinen Augen eben die entscheidende Voraussetzung dafür, die Bedingungen für eine Wiedervereinigung überhaupt erst schaffen zu können. Der Zusammenhang zwischen West- und Ostpolitik ist bei Schröder insofern absolut unauflösbar, und den Vorrang hatte stets die Bindung der Bundesrepublik an die Amerikaner.

Diese klare Priorität bei Schröder wirft im übrigen auch ein etwas anderes Licht auf die Frage nach Erfolg oder Misserfolg seiner Politik. Gewiss, der Wiedervereinigung war man am Ende seiner Amtszeit nicht näher als am Anfang, aber Schröder hatte selbst stets gemahnt, dass zur Überwindung des Status quo ein langer Atem notwendig sei und dass nicht mit kurzfristigen Erfolgen gerechnet werden dürfe. Ein Zeithorizont von wenigen Jahren ist zur Beurteilung einer Politik, deren Grundzüge wenig später aufgegeben wurden, sicher zu kurz. Zudem hat er mit seiner Politik nicht unerheblich dazu beigetragen, die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die schwierige Anpassungskrise der sechziger Jahre zu steuern; zwar waren noch nicht alle bilateralen Probleme am Ende seiner Amtszeit gelöst, die Weichen waren jedoch richtig gestellt.

Fasst man das Ganze im Blick auf die Ausgangsfrage nach der Kontinuität zwischen Schröders und Brandt/Scheels Ostpolitik zusammen, so lassen sich folgende Feststellungen treffen:

1. Schröder stand uneingeschränkt in der Tradition Adenauers, der Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands nur dann erwartet hatte, wenn es zu einer gravierenden Veränderung der machtpolitischen Relationen zwischen den beiden Hegemonialmächten USA und Sowjetunion, und d.h. letztlich einem Umdenken der Sowjets in der deutschen Frage aufgrund einer veränderten Beurteilung ihrer eigenen machtpolitischen, wirtschaftlichen und nationalen Möglichkeiten und Interessen, kommen würde. Damit eine derartige Veränderung der Machtverhältnisse sich zu deutschen Gunsten würde auswirken können, hatte das Bündnis mit den Vereinigten Staaten für Schröder allerhöchste Priorität. Damit geriet er zwar zeitweilig in heftige Gegensätze zu Adenauer und nicht unerheblichen „gaullistischen“ Kräften innerhalb der Union, aber er sah sich jedoch wiederum in der Tradition von Adenauers Politik der fünfziger Jahre, die er, angepasst an veränderte weltpolitische Bedingungen, fortführen wollte.

2. Indem Schröder bei aller größeren Flexibilität gegenüber den mittel- und osteuropäischen Verbündeten der DDR doch an der Nichtanerkennung des „Zonen-Regimes“ festhielt, stand er fest in der Tradition der Hallstein-Doktrin. Man kann sogar Booz zustimmen, dass er dieser mit seiner Osteuropapolitik in gewisser Weise eine offensive Ausrichtung gab.³⁷

3. Ein Akzeptieren des Status quo in der Hoffnung, diesen gerade dadurch allmählich verändern zu können, wie es die Formel Bahrs „Wandel durch Annäherung“ im Kern vorsah, kam für den Außenminister Schröder zu keinem Zeitpunkt in Frage. Vielmehr betrachtete Schröder das Verhältnis zwischen DDR und Bundesrepublik auf der internationalen Bühne als eine Art Nullsummenspiel: Statusgewinne der DDR waren zugleich Statusverluste der Bundesrepublik und

37 R. M. BOOZ (wie Anm. 26), S. 93 f.

beides musste verhindert werden.³⁸ Auch darin stand er in der Kontinuität der Hallstein-Doktrin.

Die Regierung Brandt-Scheel ging in allen diesen Punkten andere Wege. Die vielbeschworenen Nachkriegsrealitäten wurden von der sozialliberalen Regierung – gewiss mit dem Ziel sie zu überwinden – anerkannt. Die Lösung der deutschen Frage wurde nicht mehr von einer gravierenden Veränderung der Machtverhältnisse erwartet, sondern von der Überwölbung des Ost-West-Konflikts im Rahmen gesamteuropäischer kooperativer Strukturen wie der KSZE. Statusgewinne der DDR, die sich von einem praktisch nur im Ostblock anerkannten Außenseiter auf der internationalen Bühne zu einem allseits anerkannten UNO-Mitglied entwickelte – und die Entspannungspolitik durchaus als eigene Erfolgsgeschichte begriff –, galten auf diesem Wege als unvermeidlich. Die Prämissen waren insofern tatsächlich ganz andere als bei Schröder, ein ostpolitischer Kontinuitätsbruch unverkennbar.³⁹ Insofern kann man Schröders Ablehnung dieser „neuen“ Ostpolitik auch keineswegs als einen lebensgeschichtlichen Bruch ansehen. Dennoch sollte noch ein Blick auf die Argumente, mit denen er die sozialliberale Ostpolitik kritisierte, geworfen werden.

II. Gerhard Schröders Haltung zur „neuen“ Ostpolitik

Als Gerhard Schröder in der Ratifizierungsdebatte zu den Ostverträge schließlich sein weithin beachtetes „Nein“ sprach, kam das für die Bonner Beobachter, wohl auch für die Regierung, etwas überraschend. Man hatte sich von Schröders Stil über den Inhalt seiner Position täuschen lassen.

Die sozialliberale Regierung hatte in ihrem Willen, gerade in der Ostpolitik und im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander neue Wege zu gehen, ein enormes Tempo vorgelegt. Schon in Willy Brandts Regierungserklärung war die Formel von den „zwei Staaten in Deutschland“ einer der Hauptstreitpunkte zwischen Regierung und Opposition. Während die Regierung Brandt-Scheel ihre Ost- und Deutschlandpolitik forcierte – schon Ende Januar 1970 begannen Bahrs umstrittene Verhandlungen in Moskau, Anfang Februar die deutsch-polnischen Verhandlungen, im März bzw. im Mai traf Brandt in Erfurt und Kassel den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph –, gingen große Teile der Opposition, also die

³⁸ Dieses Verständnis Schröders wurde in der „Nahost-Krise“ der deutschen Außenpolitik 1965, als der ägyptische Staatschef Nasser Ulbricht zu einem offiziellen Staatsbesuch empfing, ganz deutlich, denn Schröder gehörte zu denen, die sich energisch dagegen wandten, dies als einen Anwendungsfall für die Hallstein-Doktrin zu betrachten und die Beziehungen zu Ägypten abzubrechen, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 8.3.a.

³⁹ Gewiss vorhandene, auch etwa von H. POTTHOFF (wie Anm. 4) nicht bestrittene Kontinuitätslinien zur Politik der Großen Koalition unter Kiesinger sind hier nicht das Thema.

Union, zu einem immer konfrontativeren Stil über.⁴⁰ Währenddessen hielt Schröder sich zurück. Zum einen fühlte er sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet, zum anderen hielt er auch in der Opposition an seinem exekutivisch geprägten Politikverständnis fest. „Man muss einräumen,“ so sagte er in einem Interview im Februar 1970, „dass die Exekutive im Unterschied zum Parlament zunächst einmal sowohl das Vorrecht wie die Pflicht hat, in dem diplomatischen Feld aktiv zu sein, zu sondieren, zu testen, Gespräche zu führen, vielleicht Verhandlungen zu führen ... Das gehört zu den normalen Aufgaben der Exekutive. Zu den normalen Aufgaben des Parlaments, insbesondere der Opposition, gehöre eine kritische Begleitung der Schritte der Regierung.“⁴¹ Allerdings dürfe man auch als Opposition erst das Ergebnis beurteilen, und bis dahin müsse man die Regierung, „selbst wenn man bis oben hin angefüllt ist mit Skepsis und trüben Erwartungen“, erst einmal machen lassen. Seine Zurückhaltung besonders in den Bundestagsdebatten ging so weit, dass der bekannte Fernsehjournalist Werner Höfer ihn etwas ironisch als „die Ein-Mann-Apo“ beschrieb,⁴² denn nur durch zahlreiche Interviews, nicht aber durch Polemik im Bundestag hielt Schröder sich noch im Gespräch.

Nach dem Abschluss des Moskauer Vertrages Mitte August 1970 entwarf Schröder ein längeres Exposé, in dem verschiedene Optionen für die Haltung der Opposition diskutiert wurden. Im Ergebnis plädierte er für genau das, was er bis dahin immer praktiziert hatte, nämlich eine „kritisch abwartende Linie“; eine harte Ablehnung des Vertrages verwarf er zu diesem Zeitpunkt noch, weil dies die Union als „kalte Krieger“ hätte erscheinen lassen, die innenpolitischen Gegensätze zu stark anheizen und schließlich eine pragmatische Politik für den Fall, dass man plötzlich wieder die Regierung übernehmen müsse, sehr erschweren würde. Eine Annäherung an die Regierungspolitik schloss er indes ebenso aus, weil es völlig unglaublich gewesen wäre.⁴³ Im Grunde entsprach eine solche Linie der typischen Grundhaltung Schröders, pragmatisch, elastisch, aber dabei fest in den Grundsätzen. Dies hob sich nach wie vor stark von Strauß' kompromissloser Ablehnung ab.⁴⁴

40 Vgl. C. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 27 ff., der eine Verschärfung des Tons besonders seit dem Treffen zwischen Brandt und Stoph in Kassel vom 21. Mai 1970 konstatiert.

41 Interview v. 14. Febr. 1970, ACDP, I-483, 149/1. Schon 1970 hatte sich Schröder sehr kritisch über das umstrittene Bahr-Papier geäußert, das im Juni 1970 durch eine Indiskretion bekannt worden war; er bezeichnete es als „Anerkennungsdiplom“ (*Quick* v. 5. August 1970, in: ACDP, I-483, 150/1); insofern konnte eigentlich hinsichtlich seines Standpunktes wenig Zweifel bestehen.

42 *Die Zeit* v. 6. März 1970, vgl. auch: „The silent Dr. Schröder“, *The Times* v. 9. März 1970, beide ebd.

43 „Die CDU/CSU und der Moskauer Vertrag“, ACDP, I-483, 176/2.

44 Vgl. C. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 36.

Eine gewisse Verhärtung von Schröders Position ist festzustellen, als es um den Warschauer Vertrag ging, der ebenfalls noch 1970 paraphiert wurde. Im CDU-Präsidium gehörte Schröder eindeutig zu den Gegnern dieses Vertrages, was nicht weiter verwunderlich ist, da er sich stets dafür ausgesprochen hatte, Fortschritte in der Grenzfrage an die Wiedervereinigung zu binden.⁴⁵ Doch insgesamt gab es erst einmal eine ostpolitische Atempause, da die Regierung die Ratifizierung der bis dahin paraphierten Verträge auf Eis legte, um erst den Alliierten die Möglichkeit zu geben, ein Berlin-Abkommen auszuhandeln.

Diese Atempause endete im September 1971. Anfang September war das Berlin-Abkommen der vier Siegermächte unterzeichnet worden. Die Sowjetunion drehte nun allerdings das Berlin-Junktum der Bundesregierung, den Moskauer Vertrag erst ratifizieren zu lassen, wenn ein zufriedenstellendes Berlin-Abkommen erreicht sei, ihrerseits um und erklärte, dieses erst zu ratifizieren, wenn die Bundesrepublik den Moskauer Vertrag ratifiziert habe. Angesichts der bröckelnden Mehrheit der Koalition im Bundestag kam der Entscheidung der Opposition in der Ratifizierungsfrage eine unerhörte Bedeutung zu.⁴⁶ Je näher der Termin rückte, desto klarer wurde, dass das Votum der Unionsfraktion ausschlaggebend sein würde. Der Willensbildungsprozess innerhalb der Union war jedoch Ende 1971 noch keineswegs abgeschlossen.

Auch Schröders Haltung zu den Verträgen war noch nicht wirklich klar. In der Öffentlichkeit war, wie beschrieben, besonders beachtet worden, dass er einen zurückhaltenderen Stil pflegte als Strauß und Kiesinger, letztlich auch Barzel. Dass er das Handeln der Regierung, insbesondere ihre Ostpolitik, äußerst skeptisch beurteilte, wurde in der veröffentlichten Meinung weniger beachtet. Schröder hatte besonders die Illusionen kritisiert, auf denen viele Prämissen der Brandtschen Politik seiner Ansicht nach beruhten.⁴⁷ Die Fixpunkte einer endgültigen Bewertung der Verträge hatte er ebenfalls bereits geäußert: erstens, die Bindung an die Vereinigten Staaten und die NATO müsse sichergestellt sein,⁴⁸ zweitens,

45 Notizen von der Präsidiumssitzung v. 23. Nov. 1970, ACDP, I-483, 275. Zur Haltung der Union insgesamt vgl. Clay CLEMENS, *Reluctant Realists. The Christian Democrats and West German Ostpolitik*, Durham, London 1989, S. 79 ff.

46 Ende Oktober 1971 trat der Berliner SPD-Abgeordnete Klaus-Peter Schulz zur CDU über, was auf die Mehrheitsverhältnisse ohne Auswirkung blieb, aber Ende Januar folgte der SPD-Angeordnete und Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka und von weiteren Koalitionsabgeordneten war bekannt, dass sie das Vertragswerk ablehnten, vgl. Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 398 ff.

47 Vgl. die typischen Interviews in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* v. 8. Febr. 1970 u. WDR (Echo des Tages) v. 28. Febr. 1970, beide: ACDP, I-483, 149/1.

48 Vgl. Interview *Die Welt* v. 11. Juni 1970, ACDP, I-483, 149/2. Gerade in dieser frühen Phase war der Bilateralismus zwischen Bonn und Moskau im Westen erheblichem Misstrauen ausgesetzt, das Schröder natürlich nicht verborgen blieb, vgl. etwa Carstens an Schröder v. 11. Juni 1970, ACDP, I-483, 164/3. Im September 1970 war er wieder einmal in Washington, wo er jedoch nicht nur mit Bedenken der amerikanischen Regierung gegen die Ostpolitik der Regierung konfrontiert wurde, sondern auch mit Kritik an der Haltung der Opposition, die dadurch, dass sie

das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dürfe nicht ausgeschlossen werden und drittens, der Friedensvertragsvorbehalt hinsichtlich der polnischen Westgrenze dürfe nicht aufgegeben werden. Darüber hinaus bekräftigte Schröder, damit ganz im Einklang mit der CDU-Position, dass die Berlin-Regelung der Prüfstein sein werde.⁴⁹ Als das Berlin-Abkommen unterzeichnet war, sparte sich Schröder ein definitives Urteil wiederum auf, bis die deutsch-deutschen Verträge, die das Berlin-Abkommen erst ausfüllen würden,⁵⁰ abgeschlossen seien; aber immerhin gestand er zu, dass das vorliegende Vier-Mächte-Abkommen, „die Chance für eine Verbesserung der Lage bietet... eine Aussicht auf reale Lebenserleichterungen für die Berliner ...“ Ebenso begrüßte er, „dass die Verantwortlichkeit der drei Westmächte für das freie Berlin und damit dessen Sicherheit in vollem Umfang gewährleistet bleibt“⁵¹. Trotz einzelner weniger begrüßenswerter Elemente kam in dieser Stellungnahme eine überwiegend positive Tendenz zum Ausdruck, die sich deutlich von der Haltung der CSU abhob.⁵² Doch einen Automatismus dergestalt, dass die Union auch den Ostverträgen zustimmen solle, da nun das Berlin-Abkommen im wesentlichen befriedigend ausgefallen sei, wies Schröder, wiederum im Einklang mit der Mehrheitsmeinung in der Partei, zurück.

Angesichts von Schröders bisheriger, vergleichsweise moderater Kritik an der Ostpolitik der Regierung Brandt und seiner positiven Wertung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin kam sein „hartes Nein“ zur Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages für alle Beobachter, für die Bundesregierung, aber auch für die sowjetische Seite ziemlich überraschend.⁵³ Verstärkt wurde diese

ein annehmbares Ergebnis der Berlin-Verhandlungen zur Bedingung für die Ratifizierung der Ostverträge machte, die Westmächte unter erheblichen Druck setzte (vgl. die Gespräche mit Helmut Sonnenfeldt v. 8. Sept. 1970 u. Martin Hillenbrand v. 9. Sept. 1970; in den Gesprächen mit Acheson v. 14. Sept. 1970, McCloy v. 15. Sept. 1970, aber auch mit Präsident Nixon v. 15. Sept. 1970 wurde jedoch auch eine erhebliche Skepsis gegenüber der Brandtschen Politik deutlich, gerade deshalb drängte Nixon in dem langen Gespräch mit Schröder auf eine *bi-partisan* Einigung in der Bundesrepublik, alle in: ACDP, I-483, 283/1). Zur amerikanischen Haltung zur Ostpolitik s. Clay CLEMENS, *Amerikanische Entspannungs- und deutsche Ostpolitik 1969–1975*, in: Wolfgang-Uwe FRIEDRICH (Hrsg.), *Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990*, Frankfurt/M.-New York 1991, S. 195–230.

49 Vgl. das Interview v. 21. Juni 1970, ACDP, I-483, 150/1.

50 Am 17. Dez. 1971 wurde das Transitabkommen als wichtigstes Element dieser Verträge unterzeichnet.

51 Deutschlandfunk „Interview der Woche“ v. 5. Sept. 1971, ACDP, I-483, 152/1.

52 Vgl. zur Haltung der CSU (und auch der CDU insgesamt) A. TIGGEMANN, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972* (wie Anm. 7), S. 83 ff.

53 Vgl. Schröders Interview „Hartes Nein zum Vertrag“ in: *Bild am Sonntag* v. 19. Dez. 1971, ACDP, I-483, 152/2. Für die sowjetische Seite war die Überraschung vor allem deshalb groß, weil Schröder sich auf seiner Reise in die UdSSR im Januar 1971 (vgl. die Aufzeichnungen Jungs über die diplomatischen Gespräche dieser Reise in: ACDP, I-483, 283/1) ebenfalls sehr moderat gegeben hatte (vgl. die positive Wertung dieses Besuchs in: Valentin FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 141). Falin äußerte sich im Gespräch mit Helmut Kohl über Schröders Bundestagsrede v. 23. Febr. 1972 (s.u. Anm. 54) „besonders verbittert“, Kohl an Schröder v. 24. März 1972 über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom selben Tag, ACDP, I-483, 175/2.

Überraschung dadurch, dass Schröder sich nicht mehr auf Interviews und Artikel beschränkte, sondern in der ersten Lesung der Ostverträge am 23. Februar 1972 doch noch mit einem Paukenschlag im Bundestag aufwartete, in dem er sein Nein begründete.⁵⁴ Zum Teil erzielte diese Rede ihre besondere Wirkung dadurch, dass Schröder sich so lange zum Schweiger stilisiert hatte, zum Teil auch dadurch, dass er der letzte Redner des ersten Debattentages war und seine Argumente auch am folgenden Tag nicht wirklich widerlegt werden konnten, hauptsächlich aber eben doch, weil er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner politischen Erfahrung sprach und noch immer auf erhebliches Prestige zählen konnte. Noch über zwanzig Jahre später ist etwas von dem Ärger über die parlamentarische Niederlage, die Schröder der Koalition zugefügt hatte, in der Schilderung von Horst Ehmke, damals Staatsminister im Kanzleramt, spürbar: „Zwar hatte ich Barzel ‚ins Bett gebracht‘, wie Fraktionskollegen es ausdrückten. Die grundsätzliche Oppositionsrede hatte aber nicht Barzel, sondern Gerhard Schröder gehalten. Seine Rede wirkte durch ihre meisterhafte Form wie durch die Tatsache, dass Schröder in der gesamten Auseinandersetzung um die Ostverträge kühl und sachlich geblieben war. Helmut Schmidt antwortete auf Schröder, aber der war in seiner Art schwer zu packen. Mein Fazit der ersten Lesung lautete daher: Barzels Kompromissformel ‚So nicht und jetzt nicht‘ war widerlegt worden, Schröders grundsätzliches ‚Nein‘ aber nicht.“⁵⁵

Im Grunde war Schröders Verhalten durchaus konsequent; er hatte zwar die Verhandlungen kritisch begleitet, sich sein endgültiges Urteil aber vorbehalten. Nachdem er einmal zu der Überzeugung gelangt war, den Verträgen nicht zustimmen zu können, hielt er daran bis zu den Fraktionssitzungen vor der endgültigen Abstimmung am 17. Mai 1972 unbeirrbar fest; diese Konsequenz, die allerdings dadurch begünstigt war, dass Schröder selber nicht in der ersten Linie der Verantwortung stand, seit Rainer Barzel Partei- und Fraktionsvorsitz und damit faktisch auch die Kanzlerkandidatur in einer Hand vereint hatte, hob sich vom Verhalten des Partei- und Fraktionsvorsitzenden in einer Weise ab, die für diesen nicht vorteilhaft war. Barzel hatte die Stimmung der Partei getroffen, als er die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition scharf und polemisch angriff; dies hatte ihm dabei geholfen, den Parteivorsitz zu erringen.⁵⁶ Aber eigentlich wollte Barzel den ostpolitischen Kurs nicht grundsätzlich ändern, sondern die Verträge verbessern und dann passieren lassen; aus diesem Widerspruch konnte er sich nicht mehr befreien. Ein solcher Kurs war allerdings aus der Opposition heraus

⁵⁴ Vgl. StB, Bd. 79, S. 9820–9825.

⁵⁵ Horst EHMKE, *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 155 (freilich darf man nicht verkennen, dass diese Lobpreisung Schröders zugleich eine Spitze gegen Ehmkes innerparteilichen Widersacher und Konkurrenten Schmidt darstellt, denn Schmidt redete erst am folgenden Tag und keineswegs direkt auf Schröder antwortend).

⁵⁶ Hierzu und zum folgenden K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel* (wie Anm. 1), S. 62–67.

überaus schwierig zu verwirklichen. Deshalb nahm Barzel es hin, dass der CDU-Bundesausschuss sich gegen die Verträge aussprach und dass die Fraktion nach der ersten Lesung selbst dann noch an ihrem Nein festhielt, als die Sowjetunion wichtige weitere Zugeständnisse gemacht hatte, die sich auf die Anerkennung der europäischen Integration und die Einbeziehung des Briefes zur deutschen Einheit in ihren eigenen Ratifizierungsprozess bezogen. Deshalb begründete er seinen Versuch, die Regierung mit Hilfe des konstruktiven Misstrauensvotums ablösen zu wollen, mit der Notwendigkeit, die Verträge entweder neu auszuhandeln oder zu verbessern. Erst nach dem Scheitern des Misstrauensvotums, aber der gleichzeitigen Offenbarung der parlamentarischen Patt-Situation in der Haushaltsabstimmung tags darauf schwenkte er auf einen Kooperationskurs zur Regierung ein. Das Ergebnis war die gemeinsame Entschließung des Bundestages, in der das Vertragswerk eindeutig als *modus vivendi* und nicht als Vorwegnahme einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung charakterisiert wurde. Schröder ließ jedoch, obwohl er an den hektischen Aktivitäten jener Wochen nach dem Scheitern des Misstrauensvotums intensiv beteiligt war,⁵⁷ keinen Zweifel daran, dass ihm diese Entschließung nicht ausreichte, dass er sie im Grunde völkerrechtlich als irrelevant ansah.⁵⁸ So ist bezeichnend, dass er zu denen gehörte, die dafür sorgten, dass im Bundesvorstand der Barzels Verhandlungserfolge feiernde und eine Annahme der Verträge nahelegende Beschluss vom 15. Mai durch eine Kautele eingeschränkt wurde, dass die Union kein imperatives Mandat kenne und die Entscheidung selbstverständlich jeder Abgeordnete selber treffen müsse; ein klarer Hinweis darauf, dass er den Vorstandsbeschluss nicht als bindend im Sinne einer Zustimmung verstand.⁵⁹ Während Barzel in der entscheidenden Fraktionssitzung am 16. und 17. Mai auf eine Zustimmung zu den Verträgen hinauswollte, brachte er, wie Jäger treffend schreibt, nicht den Mut auf, dies mit einer Entscheidung über seine Person zu verbinden, sondern versuchte weiterhin, sich alle Optionen offen zu halten. Schröder dagegen blieb bei einem klaren Nein zu den Verträgen.⁶⁰ Erst als in diesen Fraktionssitzungen deutlich wurde, dass eine kleine Gruppe von Unionsabgeordneten um Richard von Weizsäcker, Walther Leisler Kiep und einige andere bereit war, den Verträgen auf jeden Fall zu einer Mehrheit im Bundestag zu verhelfen, akzeptierte auch Schröder

57 Vgl. die von Hermann Jung, seinem persönlichen Mitarbeiter im Auswärtigen Ausschuss, erstellte Chronologie der Ereignisse, die minutiös aufzählt, an welchen Besprechungen Schröder teilgenommen hatte, ACDP, I-483, 171/3.

58 Vgl. sein Interview in der *Rheinischen Post* v. 13. Mai 1972, in: ACDP, I-483, 153/2.

59 Obwohl Schröder in einem Leserbrief an die „Sonde“, der sich auf einen Beitrag von Christian Hacke bezog, auf die Bedeutung dieser Einschränkung hinwies, hat Hacke dies auch in seiner Monographie nicht berücksichtigt, sondern er wirft Schröder wiederum vor, für den Beschluss des Bundesvorstands gestimmt zu haben, vgl. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 76.

60 K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel* (wie Anm. 1), S. 64 f.

der den Vorschlag Hallsteins, dass sich die Unionsfraktion enthalten und damit die Ratifizierung ermöglichen sollte;⁶¹ den Vertriebenen wurde zugestanden, mit Nein zu stimmen.

Bleibt die Frage, warum Schröder die Ostverträge so konsequent ablehnte. Selbstverständlich gab es auch hier ein ganzes Bündel von Beweggründen. So spielte die mangelnde Konsultation der Opposition durch die Regierung ebenso eine Rolle⁶² wie das Argument, die Regierung habe aufgrund des selbstinduzierten Erfolgsdrucks zu hastig verhandelt und habe das genuine Eigeninteresse der Sowjets an den Verträgen unterschätzt. Hätte sie es richtig eingeschätzt, wäre, so Schröder, sehr viel mehr im deutschen Interesse zu erreichen gewesen, so aber seien im Grunde nur uralte sowjetische Forderungen nach Anerkennung des Status quo erfüllt worden.⁶³ So gewichtig diese Argumente aus Schröders Sicht waren, entscheidend war noch etwas anderes. Die deutsche Frage war für ihn, wie beschrieben, im Kern eine Machtfrage, und genau darin sah er die Gefahr des Moskauer Vertrages, wie auch aus allen Gesprächen hervorgeht, die er in Washington geführt hatte, wo er immer wieder nach den langfristigen Wirkungen der Ostpolitik gefragt und nicht immer beruhigende Antworten erhalten hatte. So standen denn die Auswirkungen der neuen Ostpolitik auf den transatlantischen Zusammenhalt im Mittelpunkt seiner Kritik: „Wir befürchten, dass die Ostpolitik langfristig den Zusammenhalt des Westens, das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit unsere Sicherheit gefährdet. Wir haben insbesondere die ernste Sorge, dass die Bindungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eben nicht intensiviert, sondern dass sie gelockert werden und dass damit die Funktionsfähigkeit der NATO beeinträchtigt wird. Wir befürchten, dass es auf die Dauer gesehen zu einer Machtverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion kommt.“⁶⁴

Aufgrund dieser langfristigen Gefahr, dass sich wegen der sozialdemokratischen Entspannungseuphorie „ein falsches Sicherheitsgefühl“ mit den oben beschriebenen Folgen entwickeln werde,⁶⁵ war Schröder offensichtlich bereit, eine kurzfristige Verstimmung der USA zu riskieren und deren aktuelles Interesse an der Ratifizierung des Berlin-Abkommens durch die Sowjetunion und daran, den bevorstehenden Moskau-Besuch Nixons nicht von solchen deutschen Problemen überschatten zu lassen, zu ignorieren.⁶⁶

61 Vgl. ebd., S. 65.

62 So in einem Brief an die frühere Bundestagsabgeordnete Else Brökelschen v. 17. Jan. 1972, ACDP, I-483, 164/2.

63 Vgl. StB, Bd. 79, S. 9825.

64 Ebd.

65 Gerhard SCHRÖDER, „*Nein zu den Ostverträgen*“, in: *Die Zeit* v. 4. Febr. 1972.

66 Über diese Interessen der USA war er selbstverständlich informiert, vgl. die Briefe von Giselher Wirsing (v. 25. März 1972) und Kurt Biedenkopf (v. 29. April 1972) aus Washington, ACDP, I-483, 164/1 bzw. 164/2. Auch sein früherer Außenminister-Kollege Dean Rusk, der

Letztlich hat Schröder diese Gefahren wohl überschätzt, zumindest haben sie sich, wie wir heute wissen, nicht materialisiert. Aber andererseits darf man zur Beurteilung dieser im Denken Schröders zentralen Befürchtung nicht verkennen, dass beispielsweise Egon Bahr, einer der Architekten der neuen Ostpolitik, von der Prämisse ausging, dass NATO und deutsche Einheit unvereinbar seien.⁶⁷ Zudem wird man keinen allzu kurzfristigen Zeithorizont an Schröders Befürchtungen anlegen dürfen, denn nur zehn Jahre nach Schröders Warnung vor einer Erosion der engen Bindung Westeuropas an die Vereinigten Staaten hatte sich die entspannungs- und friedenspolitische Zielsetzung der Ostpolitik innerhalb der SPD so weit durchgesetzt, dass die Partei kaum mehr bereit schien, die Sicherheitspolitik ihres eigenen Kanzlers Helmut Schmidt zu unterstützen. Die Haltung der SPD in der Frage der NATO-Nachrüstung, damals von entscheidender Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der NATO, war für den FDP-Vorsitzenden und Außenminister Hans-Dietrich Genscher einer der wichtigsten Gründe dafür, den Koalitionswechsel hin zur CDU/CSU einzuleiten.⁶⁸ Und der Zusammenhang zwischen der Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses und der amerikanischen Unterstützung der Position der Bundesregierung im deutschen Vereinigungsprozess liegt auf der Hand. Bahr hat – wie er selber eingesteht – hinsichtlich der Unvereinbarkeit von NATO und deutscher Einheit geirrt.⁶⁹ Schröders Diktum, es müsse im Interesse der Wiedervereinigung vor allem darum gehen, das amerikanische Gewicht in der (west-) europäischen Waagschale zu halten, wurde von den tatsächlichen Entwicklungen so nicht widerlegt.

Obwohl Gerhard Schröder später mit den auf die mittel- und osteuropäischen Staaten bezogenen Aspekte der sozialliberalen Ostpolitik seinen Frieden gemacht hat,⁷⁰ so zeigt doch seine erst abwartende, dann aber konsequent ab-

noch 1970 betonte hatte, dass die Verträge eine bloße Anerkennung des Status quo beinhalteten, die er selbst in seiner Amtszeit Gromyko konsequent verweigert habe (Gespräch v. 9. Sept. 1970, ACDP, I-483, 283/1), malte ihm in einem privaten Brief die Gefahren eines amerikanischen Isolationismus an die Wand für den Fall, dass dem Vertragswerk die Zustimmung im Bundestag verweigert würde, vgl. Rusk an Schröder v. 6. April 1972, ACDP, I-483, 132. Noch ein Jahr zuvor allerdings hatte Präsident Nixon in einem Gespräch mit Schröder vor zu großer Entspannungseuphorie in Europa gewarnt, worauf Schröder sofort und sehr bereitwillig eingegangen war, Gespräch im Weißen Haus v. 28. April 1971, ACDP, I-483, 283/1.

67 Vgl. Andreas VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung*, Bonn 1996, S. 376.

68 Vgl. Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, München 1997 (tb-Ausgabe), S. 445 u. 447 ff.

69 Vgl. A. VOGTMEIER, *Egon Bahr* (wie Anm. 67).

70 Schröder hatte im Juli 1973 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses eine zehntägige Reise nach Polen unternommen (die Aufzeichnungen über die politischen Gespräche

lehrende Haltung zur „neuen“ Ost- und Deutschlandpolitik, dass er diese – zu Recht – keineswegs als die Fortführung der von ihm entwickelten ostpolitischen Ansätze begriff. Insofern wird man ihn umgekehrt auch kaum als deren Vorläufer ansehen können. Mit allen ihr inne wohnenden Chancen und – nicht unerheblichen – Risiken im Hinblick auf das Ziel der Wiedervereinigung, das neben der genuin entspannungspolitischen Zielsetzung der Ostpolitik jedoch im Laufe der Zeit spürbar an Gewicht verlor, war dies eine Politik, die sich qualitativ von seinen Ansätzen unterschied.

in: ACDP, I-483, 283/1); vgl. die Schilderung seiner Eindrücke in der Pressekonferenz vom 30. Juli 1973, ACDP, I-483, 154/2; dabei sprach er sich auch deutlich für eine kooperative Politik zwischen Regierung und Opposition bei der Lösung der bilateralen Probleme zwischen Polen und der Bundesrepublik aus. Bereits im Oktober 1975 setzte Schröder sich dafür ein, dass die Opposition dem von der Regierung Schmidt ausgehandelten und am 9. Oktober unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrag, bei es um Entschädigungen und im Gegenzug die Ausreise von Deutschstämmigen ging, zustimmen solle; gegen die große Mehrheit in der Unionsfraktion hielt er an dieser Linie fest (vgl. den Vorgang in: ACDP, I-483, 171/1).